

Pressemitteilung

Solidaritätszuschlag: Gerade in Krisenzeiten für alle abschaffen

Essen, 28.05.2020 – Im Hinblick auf die erheblichen krisenbedingten finanziellen Belastungen von Beschäftigten, Selbständigen und Unternehmen fordert der DFK – Verband für Fach- und Führungskräfte die sofortige Abschaffung des Solidaritätszuschlags für alle!

„In der jetzigen Krisensituation mit erheblichen finanziellen Belastungen für Beschäftigte aufgrund überdurchschnittlich hoher Kurzarbeit, ganze Shutdowns bei vielen Selbständigen und massiven Umsatzeinbrüchen bei Unternehmen muss durch die sofortige Abschaffung des Solidaritätszuschlags für alle endlich eine Entlastung erfolgen“, mahnt DFK-Vorstandsvorsitzender Michael Krekels.

Der DFK fordert daher die Abschaffung des Solidaritätszuschlags für alle Zahler, um die bestehenden Lebenshaltungskosten zu bewältigen sowie den Handel und die Wirtschaft wiederzubeleben.

„Aktuell kommt es auf jeden Cent im Portemonnaie der Beschäftigten oder bei der Betrachtung des Cash-Flows der Unternehmen an. Daher dürfte nur schwer zu erklären sein, weshalb eine politisch überholte Abgabe aktuell dieses Jahr noch von allen und ab 2021 noch von Beziehern höherer Einkommen und Unternehmen weiter gezahlt werden soll“, stellt Krekels fest.

Das Gesetz zur Rückführung des Solidaritätszuschlags 1995 sieht eine deutliche Anhebung der Freigrenzen für die Zahlung des Solidaritätszuschlags ab 1.1.2021 vor. Hierdurch sollen ca. 90 Prozent der bisherigen Zuschlagszahler gar keinen Solidaritätszuschlag mehr zahlen, Besserverdiener aber je nach Einkommenshöhe teilweise oder vollständig abgabepflichtig

Pressemitteilung DFK – Verband für Fach- und Führungskräfte, Essen

Ansprechpartner für die Medien

DFK
Ralf T. Krüger
Kommunikation

Alfredstr. 155
45131 Essen
Telefon 0201/95971-0
Telefax 0201/95971-29
pressekontakte@dfk.eu

Internet: www.dfk.de

bleiben. Eine Abgabepflicht bleibt ebenso bei der Körperschafts- und Abgeltungssteuer bestehen.

„Nach wie vor sieht der DFK die Teilabschaffung und Differenzierung nach Einkommen als verfassungsrechtlich äußerst bedenklich an und darin eine Ungleichbehandlung nach Artikel 3 des Grundgesetzes“, so DFK-Vorstandsvorsitzender Michael Krekels.

Schon während des Gesetzgebungsverfahrens hatte der **DFK – Verband für Fach- und Führungskräfte** mehrfach darauf hingewiesen, dass die Abschaffung des Solidaritätszuschlags, als sog. Ergänzungsabgabe, sich mit dem Auslaufen des Solidarpakts II Ende 2019 kaum mehr begründen lässt und die überwiegenden Einnahmen daraus in den Bundeshaushalt fließen. Es ist bereits fraglich, ob in 2020 der Solidaritätszuschlag überhaupt noch verfassungskonform ist. Als Instrument der dauerhaften Erhöhung des Steuerniveaus darf eine Ergänzungsabgabe nicht eingesetzt werden und könnte verfassungswidrig sein.

Aus Sicht des DFK stehen der Fortzahlung des Solidaritätszuschlages außerdem sowohl der entfallene Erhebungszweck des Solidaritätszuschlaggesetzes als auch die eindeutige Ungleichbehandlung entgegen.

Die Position des DFK ist klar: Die umgehende vollständige Abschaffung des Solidaritätszuschlags ist nicht nur sach- sondern auch interessengerecht! „Eine schnellstmögliche Umsetzung und komplette Abschaffung ist gerade in der derzeitigen Situation notwendig und das richtige Zeichen“, so Krekels.

Über den DFK – Verband für Fach- und Führungskräfte

Der DFK ist die branchenübergreifende Stimme der Fach- und Führungskräfte in Deutschland. Er vertritt in seinem Netzwerk bundesweit rund 20.000 Führungskräfte des mittleren und höheren Managements auf politischer und wirtschaftlicher Ebene. Kernthemen sind dabei Arbeitsrecht und Arbeitsmarktpolitik, Sozialrecht und Sozialpolitik, Steuer- und Bildungspolitik. Die Mitglieder des Berufsverbandes erhalten eine umfassende Unterstützung auf ihrem Karriereweg z.B. in Form von juristischer Beratung und Vertretung, vielfältigen Weiterbildungsangeboten und aktuellen Informationen aus dem Berufsleben. Zudem bietet der DFK über seine Regional- und Fachgruppen ein gut gepflegtes und weit verzweigtes Kontaktnetzwerk. Dazu laden eigene Strukturen, wie beispielsweise für den Führungsnachwuchs (Young Leaders), für Geschäftsführer oder ein eigenes Frauennetzwerk, zum Networking ein. Der Berufsverband ist in 20 Regionalgruppen gegliedert und hat seine Hauptgeschäftsstelle in Essen. Weitere Geschäftsstellen sind in Frankfurt, Hamburg, München und Stuttgart. In Berlin ist der Berufsverband mit einer Hauptstadt-Repräsentanz vertreten.

www.dfk.eu